

Ladislav Lipscher: Die Juden im Slowakischen Staat 1939—1945. (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Bd. 35.) R. Oldenbourg Verlag. München, Wien 1980. 210 S., zahlr. Tab. i. T.

Mit der systematischen Aufarbeitung der slowakischen Judenfrage in den Jahren 1939—1945 unternimmt der Vf. den Versuch, die auffällige Zurückhaltung der tschechoslowakischen Forschung wie die durchsichtige Apologetik slowakischer Emigrantenliteratur in gleicher Weise zu durchbrechen. Das Buch ist in seinen wesentlichen Teilen eine Darstellung der Judenpolitik des slowakischen ‚Schutzstaates‘. Über Haltung und Aktivitäten der slowakischen Juden erfährt der Leser vergleichsweise wenig, wofür L. freilich eine schlechte Quellenlage geltend machen kann.

In der Absicht, herauszufinden, was bei der Verfolgung der Juden in der Slowakei „auf den unwiderstehlichen Druck des Dritten Reiches und was auf die eigenen Handlungsinitiativen der slowakischen verantwortlichen Kräfte zurückzuführen war“ (S. 9), handelt L. in sieben Kapiteln die wichtigsten Phasen der slowakischen Judenpolitik für den genannten Zeitraum ab.

Nach der Begründung des ‚selbständigen‘ slowakischen Staates am 14. März 1939 ließ Rücksichtnahme auf die einflußreiche katholische Kirche und auf die Erfordernisse des slowakischen Wirtschaftslebens eine rassentheoretisch fundierte Judenverfolgung nach deutschem Vorbild zunächst als unangebracht erscheinen (S. 31 ff.). Die Auseinandersetzung mit dem jüdischen Bevölkerungselement (ca. 4 v. H.) erfolgte noch nach den vorfaschistischen Prinzipien einer ökonomischen Verdrängung der Juden aus bestimmten Wirtschaftszweigen (vor allem Holzhandel) und aus den freien Berufen (vor allem Rechtsanwälte). Da die entsprechenden Positionen nicht gänzlich mit slowakischen Anwärtern besetzt werden konnten, wurden die entsprechenden Arierisierungsmaßnahmen nur schleppend vorangetrieben und auch in der Folgezeit eine Reihe von Juden als ‚ökonomisch notwendig‘ anerkannt. Doch das Bestreben der klerikal-konservativen Mehrheit in der regierenden Slowakischen Volkspartei, die Judenfrage innerslowakisch mit eigenen Methoden zu lösen, kollidierte mit dem zunehmenden Druck aus Deutschland, das auf Grund seiner militärischen Erfolge in Europa Mitte 1940 auch auf eine stärkere Botmäßigkeit seines südöstlichen Trabanten drängte. Innerslowakisch traf sich dieser Trend mit der Ungeduld rechtsradikaler Gruppierungen, wie sie in der ‚Hlinka-Garde‘ konzentriert waren. Sie verlangte nach Einführung des nationalsozialistischen Systems und hielt eine ständige antijüdische Pogromstimmung im Lande wach.

Wenngleich sich der gegensteuernde Staatspräsident Tiso in diesem Richtungsstreit langfristig durchzusetzen vermochte, so doch nur um den Preis einer Verschärfung des autoritären Regimes und der teilweisen Übernahme nationalsozialistischer Postulate (S. 55 ff.). Das bedeutete u. a. eine Zentralisierung und Systematisierung der antijüdischen Maßnahmen, die nunmehr durch einen deutschen „Berater für Judenfragen“ kontrolliert und in einem „Judenkodex“ rechtlich abgesichert wurden. Dieses umfangreiche Gesetzwerk vom 9. September 1941 basierte auf dem Rassengrundsatz, sah u. a. das Tragen von Judensternen vor und ermöglichte die Einleitung von Enteignungen und Übersiedlungen.

Die damit verbundene Entrechtung und Deklassierung der slowakischen Juden nahm der jüdischen Frage allmählich ihren ökonomischen Charakter und verwandelte sie in ein ernsthaftes soziales Problem, dessen sich die Verwaltung z. T. durch Deportationen in deutsche Konzentrationslager zu entledigen suchte (S. 99 ff.). Die zeitweilige Einstellung dieser Transporte im Oktober 1942 war nach L. nicht zuletzt auf einen projüdischen Stimmungsumschwung in der slowakischen Öffentlichkeit zurückzuführen, dem auf Regierungsebene die end-

gültige Durchsetzung der gemäßigten Richtung entsprach (S. 137 ff.). Nicht gerade überzeugend war in diesem Zusammenhang die Haltung des katholischen Episkopats, der sich zwar zu wiederholten Protesten herbeiließ, sich aber in erster Linie am Schutz der getauften Juden interessiert zeigte.

Die Betroffenen selbst konnten sich nach der Zerschlagung ihrer politischen Organisationen nur schlecht verteidigen. Was allerdings an kämpferischem Potential in der verbliebenen jüdischen Bevölkerung vorhanden war, das zeigte die zahlreiche Teilnahme von Juden in der Widerstandsbewegung des Landes und am slowakischen Volksaufstand im Jahre 1944 (S. 159—176). Nach seiner Niederschlagung war die Lösung der Judenfrage in die Hände der deutschen Sicherheitsorgane übergegangen (S. 177 ff.); die zahlreichen Schutzbriefe des Staatspräsidenten hatten ihre Gültigkeit verloren, so daß insgesamt nur ein kleiner Teil der slowakischen Juden in Verstecken oder Partisaneneinheiten das Ende von Hitlers erstem Vasallenstaat überleben konnte.

In der erschöpfenden und übersichtlichen Darstellung aller dieser Vorgänge, Einflüsse und Faktoren ist L. eine Monographie gelungen, die über den engeren Spezialistenkreis hinaus Beachtung finden dürfte. Was der Abhandlung etwas abgeht, ist eine genaue Herausarbeitung der spezifischen Qualität des slowakischen Antisemitismus und antijüdischen Terrors. Eine stärker vergleichende Betrachtungsweise hätte hier sicher zu einer schärferen Akzentuierung der slowakischen Besonderheiten beitragen können. Dann wäre es auch möglich gewesen, die Unstimmigkeiten zwischen nationalsozialistischer und slowakischer Judenpolitik nicht nur aus dem deutsch-slowakischen Herrschaftsverhältnis heraus zu erklären oder am moralischen Maßstab von Vernichtungswillen bzw. unterlassener Hilfestellung zu messen, sondern auch als Gegensatz eines hochideologischen modernen Antisemitismus und traditioneller antijüdischer Haltungen zu begreifen.

Tübingen

Rudolf Jaworski

Karl Kaser: Handbuch der Regierungen Südosteuropas (1833—1980). Band I. (Zur Kunde Südosteuropas, Reihe II, Bd. 9.) Verlag Institut für Geschichte der Universität Graz, Abt. Südosteuropäische Geschichte, Prof. Dr. Ferdinand Hauptmann. Heinrichstr. 26. A-8010 Graz. Graz 1981. VI, 633 S.

Die dank der Initiative von Ferdinand Hauptmann seit 1972 erscheinende Reihe „Zur Kunde Südosteuropas“ hat mit diesem Band die Herausgabe eines Werkes begonnen, das weit über die Südosteuropa-Fachleute hinaus Interesse finden wird und daher auch in der „Zeitschrift für Ostforschung“ einen Hinweis verdient. Dieses Werk soll sämtliche Regierungen Südosteuropas des 19. und 20. Jhs. bis 1980 enthalten. Unter „Regierung“ versteht der Bearbeiter Karl Kaser „das aus einzelnen Ressortministern sich zusammensetzende Gesamtministerium (Ministerrat) . . . , das von einem Regierungschef geleitet wird“ (S. I). Das Maß an Souveränität des jeweiligen Staates und dessen Verfassungsform spielen dabei keine Rolle. Es werden auch „Vorformen“ von Regierungen berücksichtigt, „sofern sie unmittelbar zur Errichtung von Regierungen“ geführt haben (S. II), sei es, daß es sich um Gremien formell noch nicht existierender Staaten handelt (Tschechoslowakei und südslawische Staaten 1918), sei es, daß die Ressortleiter sich noch nicht „Minister“ nannten, sei es, daß an der Spitze des Ministerrates kein Ministerpräsident stand. Berücksichtigt werden auch die Exilregierungen des Zweiten Weltkrieges. Die durch diese Definition bestimmte älteste Regierung Südosteuropas wurde 1833 in Griechenland eingesetzt.